



**OLDENBOURG
GRUNDRISS DER
GESCHICHTE**

**HERAUSGEGEBEN
VON
JOCHEN BLEICKEN
LOTHAR GALL
HERMANN JAKOBS**

BAND 14

**EUROPA
AUF DEM WEG
IN DIE MODERNE
1850-1890**

**VON
LOTHAR GALL**

2. Auflage

**R. OLDENBOURG VERLAG
MÜNCHEN 1989**

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Oldenbourg-Grundriss der Geschichte / hrsg. von Jochen Bleicken ... – München : Oldenbourg.

Früher mit d. Erscheinungsorten München, Wien
NE: Bleicken, Jochen [Hrsg.]; Grundriss der Geschichte
Bd. 14. Gall, Lothar: Europa auf dem Weg in die Moderne 1850
– 1890. – 2. Aufl. – 1989

Gall, Lothar:

Europa auf dem Weg in die Moderne 1850 – 1890 / von Lothar

Gall. – 2. Aufl. – München : Oldenbourg, 1989

(Oldenbourg-Grundriss der Geschichte ; Bd. 14)

ISBN 3-486-49772-3 kart.

ISBN 3-486-48892-9 Gewebe

© 1984 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München

Satz: Setzerei Robert Hurler GmbH, Notzingen

Druck- und Bindearbeiten: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-48892-9 geb.

ISBN 3-486-49772-3 brosch.

VORWORT DER HERAUSGEBER

Die Reihe verfolgt mehrere Ziele, unter ihnen auch solche, die von vergleichbaren Unternehmungen in Deutschland bislang nicht angestrebt wurden. Einmal will sie – und dies teilt sie mit manchen anderen Reihen – eine gut lesbare Darstellung des historischen Geschehens liefern, die, von qualifizierten Fachgelehrten geschrieben, gleichzeitig eine Summe des heutigen Forschungsstandes bietet. Die Reihe umfaßt die alte, mittlere und neuere Geschichte und behandelt durchgängig nicht nur die deutsche Geschichte, obwohl sie sinngemäß in manchem Band im Vordergrund steht, schließt vielmehr den europäischen und, in den späteren Bänden, den weltpolitischen Vergleich immer ein. In einer Reihe von Zusatzbänden wird die Geschichte einiger außereuropäischer Länder behandelt. Weitere Zusatzbände erweitern die Geschichte Europas und des Nahen Ostens um Byzanz und die Islamische Welt und die ältere Geschichte, die in der Grundreihe nur die griechisch-römische Zeit umfaßt, um den Alten Orient und die Europäische Bronzezeit. Unsere Reihe hebt sich von anderen jedoch vor allem dadurch ab, daß sie in gesonderten Abschnitten, die in der Regel ein Drittel des Gesamtumfangs ausmachen, den Forschungsstand ausführlich bespricht. Die Herausgeber gingen davon aus, daß dem nacharbeitenden Historiker, insbesondere dem Studenten und Lehrer, ein Hilfsmittel fehlt, das ihn unmittelbar an die Forschungsprobleme heranführt. Diesem Mangel kann in einem zusammenfassenden Werk, das sich an einen breiten Leserkreis wendet, weder durch erläuterte Anmerkungen noch durch eine kommentierende Bibliographie abgeholfen werden, sondern nur durch eine Darstellung und Erörterung der Forschungslage. Es versteht sich, daß dabei – schon um der wünschenswerten Vertiefung willen – jeweils nur die wichtigsten Probleme vorgestellt werden können, weniger bedeutende Fragen hintangestellt werden müssen. Schließlich erschien es den Herausgebern sinnvoll und erforderlich, dem Leser ein nicht zu knapp bemessenes Literaturverzeichnis an die Hand zu geben, durch das er, von dem Forschungsteil geleitet, tiefer in die Materie eindringen kann.

Mit ihrem Ziel, sowohl Wissen zu vermitteln als auch zu selbständigen Studien und zu eigenen Arbeiten anzuleiten, wendet sich die Reihe in erster Linie an Studenten und Lehrer der Geschichte. Die Autoren der Bände haben sich darüber hinaus bemüht, ihre Darstellung so zu gestalten, daß auch der Nichtfachmann, etwa der Germanist, Jurist oder Wirtschaftswissenschaftler, sie mit Gewinn benutzen kann.

Die Herausgeber beabsichtigen, die Reihe stets auf dem laufenden Forschungsstand zu halten und so die Brauchbarkeit als Arbeitsinstrument über eine längere Zeit zu sichern. Deshalb sollen die einzelnen Bände von ihrem Autor

VI *Vorwort der Herausgeber*

oder einem anderen Fachgelehrten in gewissen Abständen überarbeitet werden. Der Zeitpunkt der Überarbeitung hängt davon ab, in welchem Ausmaß sich die allgemeine Situation der Forschung gewandelt hat.

Jochen Bleicken

Lothar Gall

Hermann Jakobs

INHALT

Vorwort	XI
I. Darstellung	1
A. Zum Charakter der Epoche	1
B. Europa nach 1850: Strukturen und Entwicklungstendenzen	4
1. Gesellschaft und Wirtschaft	4
2. Staat und Staatensystem	12
3. Kultur und Religion	22
C. Vom Mächteuropa zum Europa der Nationalstaaten (1850–1871)	32
1. Zwischen Reaktion und Neuorientierung: Das Jahrzehnt nach der Revolution	32
2. Die Einigung Italiens	39
3. Die Umgestaltung Mitteleuropas	50
D. Zwischen Liberalismus und Imperialismus (1871–1890)	65
1. Siegeszug und Krise des liberalen Systems	65
2. Der Staat und die neue Gesellschaft	74
3. Europäische Machtpolitik und Imperialismus	85
E. Ausblick	93
II. Grundprobleme und Tendenzen der Forschung	95
1. Das 19. Jahrhundert als Epoche	95
2. Charakter und Verlauf der Industriellen Revolution	102
3. Gestalt und Organisation der neuen Gesellschaft	111
4. Der Strukturwandel des Staates	122
5. Nationalstaat und Nationalbewegungen	129
6. Kirche und Religion	140
7. Bedeutung und Rolle der Wissenschaft	150
8. Grundprobleme des internationalen Systems und der interna- tionalen Beziehungen	157

VIII

III. Quellen und Literatur	167
A. Quellen	167
1. Quelleneditionen und Statistiken zur europäischen Geschichte	167
2. Quelleneditionen und Statistiken zur deutschen Geschichte .	168
3. Quelleneditionen und Statistiken zur englischen Geschichte .	171
4. Quelleneditionen und Statistiken zur französischen Geschichte	172
5. Quelleneditionen und Statistiken zur Geschichte der übrigen europäischen Länder	173
B. Literatur	175
1. Allgemeine Epochendarstellungen, Handbücher, europäische Geschichte	175
2. Geschichte einzelner Länder, übergreifende Darstellungen, Biographien	176
a) Deutschland	176
b) Frankreich	178
c) Großbritannien	179
d) Italien	179
e) Übriges Europa	181
3. Die wirtschaftliche Entwicklung	182
a) Allgemeines, Europa insgesamt	182
b) Deutschland	183
c) Großbritannien und Frankreich	185
d) Übriges Europa	186
4. Soziale Schichtung und sozialer Wandel	187
a) Allgemeines, Europa insgesamt	187
b) Deutschland	188
c) Übriges Europa	191
5. Parteien und Verbände	193
a) Allgemeines, Europa insgesamt	193
b) Deutschland	194
c) Übriges Europa	198
6. Verfassungsgeschichte, Struktur- und Funktionswandel des Staates	202
a) Allgemeines, Europa insgesamt	202
b) Deutschland	202
c) Übriges Europa	204
7. Nationalstaat und nationale Bewegung	206
8. Internationales System und internationale Beziehungen	209
a) Allgemeines, Europa insgesamt	209
b) Deutschland	211
c) Übriges Europa	214

9. Kirche und Religion	216
a) Allgemeines, Europa insgesamt	216
b) Deutschland	217
c) Übriges Europa	219
10. Politische Geistes-, Bildungs-, Kultur- und Wissen- schaftsgeschichte	223
a) Allgemeines, Europa insgesamt	223
b) Deutschland	226
c) Übriges Europa	228
Anhang	231
Zeittafel	231
Abkürzungsverzeichnis der Zeitschriften	241
Personenregister	243
Sachregister	251
Karten	255

VORWORT

Rund ein halbes Jahrhundert europäischer Geschichte in einer so entscheidenden Zeit des Umbruchs auch nur in großen Zügen nachzuzeichnen und gleichzeitig auf dem gegebenen knappen Raum die weitverzweigte, um unterschiedlichste Schwerpunkte konzentrierte Forschungsgeschichte zu diesem Zeitabschnitt zu skizzieren, erforderte vor allem eines: Auswahl, Konzentration und damit zugleich vielfältigen Verzicht. Die Kriterien, die hierbei zugrundegelegt wurden, ergeben sich im wesentlichen aus der Gliederung und der Darstellung selber. Ausgangspunkt war die Überzeugung, daß sich die Geschichte Europas in jener Zeit, unbeschadet aller tiefgreifenden Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und Regionen, von der spezifischen inneren Dynamik der Epoche her als eine Einheit fassen und darstellen läßt. Demgemäß stehen Antriebskräfte, Verlauf und – oft noch sehr ambivalente – Ergebnisse des von jener inneren Dynamik bestimmten Prozesses eines säkularen Wandels auf praktisch allen Lebensgebieten, der den Weg Europas in die Moderne charakterisiert, im Zentrum und bilden das eigentlich einheitsstiftende Element der Darstellung. Gegen eine solche Grundkonzeption sowie die darauf basierende Schwerpunktbildung, Beispiel- und Stoffauswahl – bei der allerdings, mit Blick auf das Vorwissen der überwiegenden Mehrheit der künftigen Benutzer, auch ganz pragmatische Gründe eine Rolle spielten – läßt sich sicher manches ins Feld führen. Ohne eine derartige Grundkonzeption aber kommt keine Darstellung, auch kein Handbuch aus. Der Verfasser hofft jedoch, daß es auch für den noch Ungeschulten nicht schwer sein wird, diesen Interpretationsansatz in Aufbau und Darstellung als solchen zu identifizieren und ihn jeweils von der Information und der Präsentation des historischen Stoffs abzuheben.

Unter den vielen, denen ich für Anregungen, Kritik und praktische Vorschläge, für Hilfe und Unterstützung vielfältiger und unterschiedlicher Art zu danken habe, nenne ich besonders meinen Frankfurter Mitarbeiter Herrn Dr. Dieter Hein sowie meine beiden Mitautoren innerhalb dieser Reihe, Elisabeth Fehrenbach und Klaus Hildebrand. Bei der Zusammenstellung und Überprüfung der Bibliographie und der Erstellung der Register waren mir Herr Erhard Bus und Herr Gisbert Schmieder ebenso hilfreich wie Frau Marianne Lipcowitz bei der maschinenschriftlichen Übertragung des Manuskriptes.

I. Darstellung

A. ZUM CHARAKTER DER EPOCHE

Kaum ein Zeitabschnitt der neueren Geschichte ist in den letzten Jahrzehnten einem so starken Wandel in Darstellung und Bewertung unterworfen gewesen wie die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Zu den Neueinschätzungen vom Ausgang her, dem inneren und äußeren Zusammenbruch aller bisherigen Ordnung, kam, eng damit zusammenhängend, ein vielfältiger Perspektivenwechsel. Von der jeweils eigenen Nation, den nationalgeschichtlichen Bezugspunkten, richtete sich der Blick zunehmend auf die Gemeinsamkeiten der europäischen Entwicklung. Die Konzentration auf den Staat und die Staatengeschichte wurde mehr und mehr wenn nicht abgelöst, so doch ergänzt durch ein gesteigertes Interesse an den sozialen Prozessen, an den Organisations- und Erscheinungsformen des gesellschaftlichen Lebens und den ihm zugrundeliegenden Tendenzen. Der Gesamtbereich des kulturellen Lebens erschien von daher in einem ganz neuen Beziehungsgeflecht, und die Frage nach der Signatur, nach dem spezifischen Charakter der Epoche stellte sich, auch wenn man – etwa im Hinblick auf den Imperialismus – vielfach auf ältere Deutungsmodelle zurückgriff, in grundlegend anderer Weise.

Neudeutung des
Zeitalters

Gegenüber früheren Versuchen, mit Begriffen wie „Zeitalter des Bürgertums“ oder „Zeitalter der Nationalstaaten“ eine gewisse Einheit und Geschlossenheit der Epoche herauszuarbeiten, erscheint diese heute in ihrem Charakter gerade dadurch bestimmt, daß es ihr an solcher Einheit und Geschlossenheit fast völlig fehlte. Als ein „Übergangs- und Durchgangszeitalter“ (Th. Schieder) vereinigte sie im Bereich von Wirtschaft und Gesellschaft, Staat und Kultur jeweils hochmoderne mit althergebrachten Bauformen und Strukturelementen, die, je nach Mischungsverhältnis, das Gesamtbild ganz unterschiedlich erscheinen ließen und es mit ihren Wandlungen wie in einem Kaleidoskop ständig veränderten. Von daher kann man davon sprechen, daß das eigentlich Charakteristische des Zeitalters ein über alle bisherige historische Erfahrung beschleunigter Wandel der überkommenen Lebensverhältnisse und Lebensformen war, der zugleich zu einer tiefen Verunsicherung, zu einer vielgestaltigen Identitätskrise führte.

Epoche des
Übergangs

Allerdings ist unübersehbar, daß der einer solchen Deutung zugrundeliegende Begriff der Moderne, auf die alle historische Entwicklung unwiderstehlich zustrebe, selber in vielerlei Hinsicht eine Konstruktion ist.

Immerhin bietet sich von hier aus ein allgemeiner Interpretationsrahmen des Zeitabschnitts, der den Vorteil hat, daß er die Antinomien und Disparitäten, die tiefen Widersprüche der Epoche und ihrer Erscheinungsformen als solche bestehen läßt und zum Thema macht und sie nicht gewaltsam einem allzu starren Deutungsschema unterwirft. In diesem Sinne hat die westliche Forschung sich jenes Rahmens bei von Land zu Land und Gebiet zu Gebiet recht unterschiedlicher Akzentsetzung in zunehmendem Maße bedient, wobei die Möglichkeit zu systematisch angelegten Vergleichen, die sich von dort aus eröffnete, stark stimulierend wirkte. Auch wenn manche der dabei erzielten Ergebnisse dann wieder in Frage gestellt wurden, hat gerade die vergleichende Perspektive die wissenschaftliche Untersuchung des Zeitabschnitts außerordentlich belebt und vorangetrieben. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, daß man seit geraumer Zeit von einer förmlichen Neuentdeckung des 19. Jahrhunderts, insbesondere seiner zweiten Hälfte, reden kann.

Spannung zwischen Tradition und Moderne

Eine solche Neuentdeckung schließt zunehmend auch jene Bereiche ein, die von dem grundlegenden Veränderungsprozeß zunächst nur zögernd erfaßt wurden, wie überhaupt eine wachsende Tendenz zu beobachten ist, den Elementen der Beharrung und der Beständigkeit in Mentalität und Struktur verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Neigung, in ihnen nur „Überreste der alten Gewalten“ (A. de Tocqueville) zu sehen, läßt spürbar nach, und es wird immer deutlicher, wie stark sie noch die Lebenswelt in vielen Bereichen bestimmten. Je plastischer allerdings dieses konservative, der Überlieferung und Tradition verhaftete und verpflichtete 19. Jahrhundert hervortritt, je spürbarer werden zugleich die tiefen Spannungen und Konflikte, die die Epoche durchzogen und jeden irgend dauerhaften Ausgleich und Kompromiß verhinderten. Die Wortführer eines solchen Ausgleichs wurden nicht nur von weiter vorandrängenden Kräften überholt, sondern sahen sich nach wie vor auch von jenen bedrängt, denen der Kompromiß zu einseitig auf ihre Kosten, auf die Kosten des Bestehenden zu gehen schien.

Fortschritts-
erwartungen und
Fortschritts-
pessimismus

Hatte Hegel zu Beginn des Jahrhunderts noch von einer gewissen Linearität des dialektisch verlaufenden Fortschrittsprozesses gesprochen, so vermehrten und erweiterten sich die Spannungsfelder der an diesem Prozeß beteiligten Kräfte im Verlauf des Jahrhunderts in außerordentlichem Maße und ließen Ziel und Ausgang immer ungewisser erscheinen. Schließlich standen fortschreitende stürmische Veränderungen in allen Lebensbereichen und ein wachsender Fortschrittspessimismus gerade auch in den neuen, den bürgerlichen Führungsschichten unvermittelt nebeneinander, ein Tatbestand, der das Aufkommen irrationalistischer, zum Teil ausgeprägt antimodernistischer Strömungen nachhaltig begünstigt hat. Das ging in Intensität und Breitenwirkung über das, was man Fin-de-siècle-Stimmung genannt hat, weit hinaus und verwies bereits auf

die tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Krisen des 20. Jahrhunderts.

Der Schatten, den diese Krisen auf das 19. Jahrhundert, vor allem auf seine letzten Jahrzehnte, geworfen haben, erscheint freilich gelegentlich, in perspektivischer Verzerrung, zu lang und zu dunkel. Wohl war der Weg Europas in die Moderne höchst spannungsreich und verschlungen, weit spannungsreicher und verschlungener als diejenigen ahnten, die ihn voller Fortschrittsoptimismus als erste betraten. Aber niemand wird sagen können, daß er dauerhaft in Krise und Chaos geführt habe und daß er sich von seinen Ergebnissen her endgültig als ein Irrweg erwiesen hätte. Neben den Gefährdungen und Abgründen, denen sich zu Recht die Aufmerksamkeit verstärkt zugewandt hat, bleibt die schöpferische Kraft des Jahrhunderts gerade auch im Hinblick auf unsere unmittelbare Gegenwart unübersehbar. In der materiellen Zivilisation wie in der Organisation von Gesellschaft und Staat, in den Strukturen des wirtschaftlichen Lebens wie in den Kategorien und Bestimmungsgründen von Kultur und Wissenschaft, in Weltansicht und Lebensgefühl stehen wir überall auf den Grundlagen des 19. Jahrhunderts. Was Europa und seine Bewohner an Gemeinsamkeiten verbindet und über Europa hinaus das Fundament einer Weltzivilisation ausmacht, geht, bei aller Fortentwicklung und Differenzierung, sehr wesentlich auf jene Epoche zurück. Daraus resultiert zugleich, so fern dieser Zeitabschnitt uns in vielerlei Hinsicht gerückt ist, seine ungebrochene Aktualität. Sie erzeugt auch in der Geschichtswissenschaft bis heute jenes Spannungsverhältnis zwischen Distanz und innerer Beteiligung, von dem die Forschung lebt, will sie nicht im bloß Antiquarischen versinken.

Die schöpferische Kraft des Jahrhunderts

B. EUROPA NACH 1850: STRUKTUREN UND ENTWICKLUNGSTENDENZEN

1. GESELLSCHAFT UND WIRTSCHAFT

Bevölkerungs-
explosion

Gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts zählte Europa einschließlich der europäischen Gebiete des russischen Reiches etwa 266 Millionen Einwohner, rund 80 Millionen oder 42,3% mehr als um die Jahrhundertwende beziehungsweise 126 Millionen oder 90% mehr als hundert Jahre zuvor, um das Jahr 1750. Nach wie vor lebte der überwiegende Teil dieser weiterhin in stürmischem Tempo anwachsenden Bevölkerung auf dem Land oder in kleinen Städten; die Zahl der Großstädte über 100 000 Einwohner betrug in ganz Europa 40, davon allein ein Viertel in Großbritannien, fast drei Viertel in Westeuropa und Italien. Städte mit über 500 000 Einwohnern gab es überhaupt nur zwei, die beiden Millionenstädte London und Paris. Und das Land war auch im größten Teil Europas noch der Hauptwirtschaftsfaktor: über siebzig Prozent seiner Menschen lebten von der Landwirtschaft – eine Quote, die heute als eines der Hauptmerkmale eines „unterentwickelten“ Landes angesehen wird.

Zwar sank der Anteil des agrarischen Sektors am Nationaleinkommen ständig. In den deutschen Staaten Mitteleuropas, die etwa die Mitte einnahmen zwischen den schon weiter entwickelten Gebieten des Westens und den noch ganz überwiegend agrarischen des Ostens, betrug er um 1850 47% gegenüber nur noch 21% in England und – nach ganz groben Schätzungen – etwa 80% in Rußland. Aber die Verschiebung der Anteile zwischen dem agrarischen und dem nichtagrarischen Bereich der Wirtschaft resultierte zunächst noch vornehmlich – wieder mit der großen Ausnahme Englands – aus dem Aufschwung traditioneller, zumeist kleingewerblich organisierter Wirtschaftszweige.

Gesellschafts-
struktur um 1850

Dementsprechend hielt sich der Wandel in der sozialen Zusammensetzung der Gesellschaft Europas zunächst noch in vergleichsweise engen Grenzen. Es war eine Gesellschaft von Bauern und Landarbeitern unterschiedlichster sozialer und rechtlicher Stellung auf der einen, von kleinen Handwerkern und Händlern auf der anderen Seite mit einer sehr dünnen, vorwiegend agrarisch fundierten Oberschicht und einer ebenfalls sehr kleinen Gruppe von Trägern staatlicher und gesellschaftlich übergreifender Funktionen an der Spitze. Die in der modernen Industriegesellschaft dominierenden sozialen Gruppen, die städtische Arbeiterschaft, die Angestellten und der bürgerliche Mittelstand, spielten demgegenüber, wieder von Großbritannien abgesehen, zahlenmäßig noch kaum eine Rolle. Zur Industriearbeiterschaft im engeren Sinne zählten auf dem Kontinent etwa 4–5% der erwerbstätigen Bevölkerung, der Beruf des Angestellten im heutigen Sinne war praktisch noch unbekannt.

Das entscheidende soziale Problem dieser noch ganz traditionell strukturierten, sich in den herkömmlichen Bahnen wirtschaftlicher Tätigkeit bewegenden Gesellschaft war dementsprechend das Mißverhältnis zwischen der ständig steigenden Bevölkerungszahl und den Erträgen der Wirtschaft, sprich insbesondere der Landwirtschaft, die trotz unübersehbarem Produktivitätszuwachs in nahezu allen Bereichen hinter dem realen Bedarf zurückblieben. Der „Pauperismus“, die Massenarmut, und die Perspektive der weiteren Verelendung breiter Schichten markierten auch um die Jahrhundertmitte noch die zentrale Frage einer Gesellschaft, die angesichts ihres Wachstums immer mehr an die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten zu stoßen schien. Daß die Industriewirtschaft nach englischem Vorbild eine gleichsam automatische Lösung jener Probleme bringen werde, glaubte zunächst nur eine kleine Minderheit.

Der „Pauperismus“

Die Erwartungen der Mehrheit galten nach wie vor der Steigerung der Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft und den Möglichkeiten, ihr entgegenstehende Hindernisse zu überwinden. Nicht zuletzt unter dem Druck der Revolution von 1848/49, die im agrarischen Bereich einen ihrer wesentlichen Schwerpunkte hatte, war nach langen, mit unterschiedlichen Fronten sehr unterschiedlich verlaufenden Kämpfen eine säkulare Entscheidung endgültig gefallen. Mit Ausnahme Rußlands, das jedoch ein Jahrzehnt später ebenfalls nachfolgte, war die Befreiung von Grund und Boden nun definitiv vollzogen. An die Stelle der überlieferten grund- bzw. gutherrlichen Agrarverfassung war die freie Verfügung des jeweiligen Eigentümers über den Boden und seine Erträge getreten. Mit der Verbesserung der Anbautechniken, den Fortschritten der Bodenchemie, der Einführung mechanischer Hilfsmittel und der ständigen Erweiterung der Märkte und der Erleichterung des Zugangs zu ihnen führte dies, begünstigt durch einen fast überall zu beobachtenden Anstieg der Reallöhne, zu einem starken Aufschwung der Landwirtschaft. Der Ertrag pro Kopf eines männlichen Arbeiters in der Landwirtschaft stieg, bei starken regionalen Unterschieden, allein zwischen 1850 und 1870 um durchschnittlich 20–30 Prozent. Die französischen Bauern produzierten am Ende dieses Zeitraums rund 20 Prozent mehr Weizen als zu seinem Beginn, die Landwirte auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reiches sogar rund 40 Prozent. Die Produktion von Schweinefleisch nahm hier in diesem Zeitraum um nicht weniger als 50 Prozent zu. Da es sich dabei um Zuwachsraten von einem bereits relativ hohen Niveau aus handelte, kann man, bei sinkender Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten, von einer außerordentlichen Produktionsausweitung sprechen. Sie ließ, auch hier natürlich mit großen regionalen und vom jeweiligen Betrieb abhängigen Unterschieden, die Gewinne stark ansteigen und bewirkte in Verbindung mit der Entstehung eines internationalen Agrarmarktes, daß Ernährungskrisen fortan in weiten Gebieten Europas der Vergangenheit angehörten.

Aufschwung der Landwirtschaft

Kaum etwas hat stärker zu dem dann auch breitere Schichten zunehmend erfassenden Fortschrittsoptimismus der Epoche beigetragen als diese konkrete, unmittelbar erfahrbare Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen. Sie

Verbesserung der
Lebens-
bedingungen

bildete den Höhepunkt einer seit dem späten 17. Jahrhundert zu beobachtenden förmlichen Agrarrevolution, die ihrerseits, in engem Zusammenhang mit einer revolutionären Veränderung der gesamten Markt- und Verkehrssituation, entscheidende Voraussetzungen schuf für einen tiefgreifenden Wandel der Produktionsverhältnisse und der Struktur der gewerblichen Wirtschaft. Steigerten die Bevölkerungsvermehrung und die verbesserten Lebensbedingungen auf breiter Front das Angebot an Arbeitskräften und die Konsumkraft, so vermehrten die Gewinne in der Landwirtschaft zugleich in starkem Maße das anlagesuchende Kapital. Im Zeichen erhöhter Zukunftserwartungen waren seine Besitzer mehr als früher bereit, es auch außerhalb der klassischen Anlagegebiete, Landwirtschaft und Staatspapiere, zu investieren.

„Industrielle
Revolution“

Der Schub, der von hier, in freilich unterschiedlicher Stärke, ausging – in Frankreich blieb die agrarische Produktivität nach 1789, auf der Basis der neuen Eigentumsverhältnisse und der neuen Agrarverfassung zunächst eher zurück –, hat sich in jenen Gebieten des westlichen und mittleren Kontinentaleuropas, die von der Verkehrs-, Markt- und Rohstoffsituation wie von den politischen Rahmenbedingungen besonders begünstigt waren, schon bald zur sogenannten industriellen Revolution beschleunigt mit gewaltigen Steigerungen der Fertigungskapazitäten und des Warenvolumens. Über diesem besonders ins Auge springenden dramatischen Vorgang darf man freilich nicht übersehen, daß es sich dabei nur um die Spitze, um die zunächst durchaus nicht allgemein charakteristische spezifische Ausprägung einer Entwicklung handelte, die viel breiter fundiert war und in diesem Sinne viel tiefer ging. Nicht der auf wenige Produkte ausgelegte, mechanisierte Großbetrieb war, so sehr er dann über die Leitsektoren der Textilindustrie und des Eisenbahnbaus als Motor wirkte, das eigentlich Entscheidende des nun rasch voranschreitenden wirtschaftlichen Veränderungsprozesses, sondern die sich ständig erweiternde Palette oft stürmisch expandierender mittlerer und kleinerer Unternehmen vielfach noch handwerklichen Zuschnitts. Sie waren es, die in erster Linie jene außerordentlichen und dann über Jahre zur Regel werdenden Zuwachsraten des Sozialprodukts im Bereich der gewerblichen Wirtschaft bewirkten, an denen sich der Übergang von der traditionellen zur modernen Wirtschaft messen läßt, ein Übergang, für den sich der Begriff „Industrielle Revolution“ eingebürgert hat: zusammenfassende Statistiken vermitteln hier oft ein irreführendes Bild. Und jene mittleren und kleineren Unternehmen waren es auch, die den Prozeß der sozialen Veränderungen vor allem vorantrieben, der die westlichen und mittleren Teile Kontinentaleuropas seit dem Beginn der fünfziger Jahre in zunehmendem Maße erfaßte.

Übergang zur
industriellen
Gesellschaft

Dieser Veränderungsprozeß wird zunächst einmal zahlenmäßig deutlich an der kontinuierlichen Verschiebung des Verhältnisses zwischen den im landwirtschaftlichen Bereich Tätigen und denjenigen, die in der gewerblichen Wirtschaft und im Sektor der Dienstleistungen ihr Brot fanden. In den von der sogenannten industriellen Revolution erfaßten Gebieten des westlichen und mittleren Kontinentaleuropas sank die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten von der

Mitte bis zum Ende des Jahrhunderts von über der Hälfte bis zum Teil erheblich unter 40 Prozent, während sie in den beiden anderen Bereichen, zunächst im gewerblich-industriellen, dann auch in dem der Dienstleistungen, entsprechend anstieg. Das hieß bei weiter stark anwachsender Bevölkerung, daß, nach ganz grober Schätzung, in diesen Gebieten am Ende des Jahrhunderts außerhalb der Landwirtschaft etwa 12–13 Millionen mehr Menschen tätig waren als um die Mitte des Jahrhunderts – England nahm hier auch am Ende des Jahrhunderts mit rund 14,8 Millionen (= 91 Prozent) in nichtlandwirtschaftlichen Berufen Beschäftigten noch immer eine absolute Sonderstellung ein; bereits zur Jahrhundertmitte waren es 78 Prozent gewesen, eine Zahl, die in Mitteleuropa erst mehr als hundert Jahre später erreicht wurde.

Mit dem steilen Anstieg des außerhalb der Landwirtschaft tätigen Teils der Bevölkerung, der sich in den nun rasch wachsenden Städten konzentrierte, verbanden sich soziale Umstrukturierungen und Umschichtungen bisher unbekanntes Ausmaßes. Die Gruppe der ungelerten bzw. kurzfristig angelernten Arbeiter, die um die Jahrhundertmitte außerhalb der Landwirtschaft noch eine eher marginale Rolle spielte, wuchs kontinuierlich an und entwickelte sich auch außerhalb Großbritanniens – die Zahlen sind freilich im einzelnen sehr unsicher – zum Millionenheer. Neben sie trat im Zuge des Ausbaus der staatlichen Verwaltung und der Verkehrsbetriebe eine gleichfalls außerordentlich starke, wengleich natürlich nicht im selben Ausmaß anwachsende Zahl von unteren Beamten und, auf etwa der gleichen Ebene im nichtstaatlichen Bereich, von Angestellten. Vor allem aber gewann der bürgerliche Mittelstand nun in weiten Teilen Europas sowohl zahlenmäßig als auch im Hinblick auf seine wirtschaftliche Stärke und seinen sozialen Einfluß enorm an Gewicht. Das in den vergangenen Jahrzehnten so oft beschworene „bürgerliche Zeitalter“ schien nun von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen her in weiten Gebieten des westlichen und mittleren Kontinentaleuropas konkrete Realität zu werden.

Vor allem die breite Auffächerung des Bürgertums, die starke Zunahme der Zahl selbständiger Existenzen, die Fülle der Beispiele wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs aus eigener Kraft beeindruckten die Zeitgenossen und begünstigten jenes Klima gesteigerter Zukunftserwartungen, in dem sich die Dynamik und der Fortschrittsoptimismus des Zeitalters entfalteten. Störungen der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung wie der Einbruch der Jahre 1857/58 wurden von hier aus weithin als ganz situationsbedingte, von besonderen Umständen abhängige Erscheinungen abgetan. Die Zukunft, so die verbreitete Meinung, gehörte weiterhin denen, die auf Expansion und Bewegung, auf die Kräfte des Marktes und des gesellschaftlichen Aufstiegs setzten.

In diesem sozialen Optimismus erschienen die konkreten Konflikte und Gegensätze innerhalb der Gesellschaft vor allem aus der Sicht des Bürgertums und seiner Vertreter und damit in weiten Teilen der öffentlichen Meinung in einem zunehmend milderem Licht. Zwar war man sich über ihre aktuelle, in vielen Bereichen sogar noch wachsende Brisanz und Schärfe vielerorts durchaus

Fortschritts-
optimismus

Soziale
Gegensätze

im Klaren. Aber man neigte mehr und mehr dazu, sie als eine bloße Übergangserscheinung anzusehen, sie als Anpassungsschwierigkeiten an grundlegend veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Konstellationen zu verstehen, die sich im Zuge wachsenden Wohlstandes und allgemein wahrgenommener Aufstiegschancen in absehbarer Zeit von selbst erledigen würden. Wie weit eine solche Einschätzung vor dem großen wirtschaftlichen Einbruch der siebziger Jahre, ungeachtet der kämpferischen Parolen ihrer Vertreter, auch bei den unmittelbar Betroffenen, in der Masse der handarbeitenden Bevölkerung verbreitet war, läßt sich bei der gegebenen Quellenlage nur schwer sagen. Immerhin gibt es eine ganze Zahl von Hinweisen, daß der wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortschrittsoptimismus auch hier weit verbreitet war. Dazu paßt, daß die Grundtendenz des sozialpolitischen Konzepts eines Ferdinand Lassalle, die auf eine Verbürgerlichung der Arbeiterschaft mit Hilfe des Staates hinauslief, zunächst ein sehr viel stärkeres Echo fand als die Parole revolutionärer Selbsthilfe und des Klassenkampfes. Ähnliches gilt für das von linksliberaler und demokratischer Seite schon während der Revolution von 1848/49 entwickelte Programm eines politisch zu vermittelnden „Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit“.

Beschleunigung
des Wirtschaftswachstums

Grundvoraussetzung war dabei stets, daß der wirtschaftliche Aufschwung anhielt und der Gesamtertrag der einzelnen Volkswirtschaften auch auf dem erhöhten Niveau ständig weiter wuchs. Dies war zunächst in der Tat in bisher unbekanntem Ausmaß der Fall. Wohin man blickte, prosperierte die Wirtschaft, und Klagen bezogen sich vielfach nur auf ein prozentuales Zurückbleiben gegenüber anderen, noch erfolgreicherem Sektoren, selten auf einen realen Rückgang von Umsatz und Gewinn. Selbst im Handwerk, wo die Sorge vor dem wirtschaftlichen Strukturwandel anfangs besonders groß war und man gern von einer tödlichen Existenzbedrohung ganzer Zweige sprach, kam es über die weithin erfolgreiche Anpassung an die neuen Bedingungen hinaus in vielen Bereichen zu einer kräftigen Steigerung der Erträge, die etwa in der Metallverarbeitung oder im Gaststättengewerbe zeitweise geradezu boomartigen Charakter annahmen. Auch wenn die Zahlen gerade im Hinblick auf die kleinbetrieblich organisierten Erwerbszweige im einzelnen oft unsicher sind, scheint vieles heute sogar „auf einen überproportionalen Anteil des Kleingewerbes am Wachstumsprozeß“ [321: W. FISCHER, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 348] hinzudeuten.

Dieser Wachstumsprozeß erreichte nach 1850 in Mitteleuropa, bezogen auf das Nettoinlandsprodukt (in Preisen von 1913), einen Durchschnitt von 2,6% [38: W. G. HOFFMANN, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft*, 13], 0,2% weniger als er in England während des ganzen 19. Jahrhunderts betrug. Im Hinblick auf die weiterhin rasch wachsende Bevölkerung entsprach das einer durchschnittlichen Wachstumsrate pro Kopf der Bevölkerung von 1,5% – eine in aller bisherigen Wirtschaftsgeschichte über längere Zeiträume ganz unbekannte Zahl. Insgesamt, so lautet eine globale Schätzung, stieg in dem Jahrhundert nach 1850 die gesellschaftliche Produktion je Einwohner rund zehnmal so

schnell wie in der Zeit vor der sogenannten industriellen Revolution [297: S. KUZNETS, Modern Economic Growth, 248].

Dahinter stehen von Land zu Land, von Region zu Region, von Sektor zu Sektor ganz unterschiedliche Daten und Zahlen, mit denen jeweils die unterschiedlichsten Probleme verbunden waren. So verlief etwa die Kurve im nachrevolutionären Frankreich ganz anders als in einem bürokratisch-absolutistisch bestimmten Staat wie Preußen, in Ländern mit ausgeprägten Traditionen staatlicher Gewerbeförderung anders als in Gebieten, in denen sich der Staat in jener Beziehung eher zurückhielt – von der von Fall zu Fall höchst verschiedenartigen Rohstoff-, Energie- und Arbeitsmarktsituation ganz zu schweigen. Tatsache bleibt jedoch, daß von der Mitte des 19. Jahrhunderts an „Wachstum“ zum Signum und zur entscheidenden Kategorie der Zeit wurde – nicht nur in wirtschaftlicher und, mit Blick auf die einschneidenden und fortdauernden Konsequenzen, auch in sozialer Hinsicht, sondern für das politische Leben insgesamt. Die damit verbundene materielle Dynamisierung eines ursprünglich geistig und moralisch konzipierten Fortschrittsgedankens ist in ihrer Bedeutung für Lebensgefühl und Zukunftserwartungen kaum zu überschätzen. Sie setzte alle politisch Handelnden unter Zugzwänge, denen sie sich auch dann kaum je entziehen konnten, wenn ihnen – was zunächst selten der Fall war – die politischen, die gesellschaftlichen wie auch die geistig-kulturellen „Kosten“ des damit ausgelösten und vorangetriebenen Prozesses zu hoch erschienen.

Regionale und sektorale Unterschiede

In diesem Sinne wurde nach 1850 die Freisetzung der dynamischen wirtschaftlichen Kräfte und ihre gezielte Begünstigung Schritt um Schritt zur Devise praktisch aller europäischen Regierungen – unabhängig davon, ob sie ansonsten mehr dem konservativen oder mehr dem liberalen Lager zuneigten: der wirtschaftliche und soziale Konservatismus befand sich auch da, wo der politische Konservatismus wie in Preußen, in Österreich und mit Einschränkungen auch in Frankreich unter Napoleon III. dominierte, auf breiter Front auf dem Rückzug. In gleicher Weise kam es nach dem weltweiten wirtschaftlichen Einbruch in den Jahren nach 1873 zwar in vielen Ländern zu einer Abkehr von den Prinzipien des Freihandels und des wirtschaftlichen Internationalismus, die auch in den Jahren ihres Siegeszuges nach 1860 vielerorts nicht unumstritten geblieben waren. Von einer grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Kehrtwendung im Inneren der einzelnen Staaten konnte jedoch keine Rede sein. Kaum jemand in verantwortlicher politischer Position dachte ernsthaft daran, von der in den fünfziger und sechziger Jahren endgültig etablierten, auf Gewerbe- und Handelsfreiheit im weitesten Sinne gegründeten Wirtschaftsverfassung wieder abzugehen.

Wirtschaftskrise nach 1873

Das markiert zugleich die Grenzen des in den letzten Jahrzehnten viel diskutierten und oft scharf betonten Einschnitts der Jahre nach 1873, der Zeit der sogenannten „Großen Depression“. Sozialpsychologisch war dieser steile Konjunktureenbruch nach zwei Jahrzehnten fast ständiger Hochkonjunktur mit enormen Gründungs- und Wachstumschancen fraglos von erheblicher Bedeu-

„Große Depression“?

tung, vor allem im Hinblick auf das bisher besonders begünstigte mittelständische Bürgertum. Auch die Folgen für das politische Verhalten sind unübersehbar – fast in allen europäischen Ländern kam es in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zu einem innenpolitischen Kurswechsel im Sinne der konservativeren Kräfte. Das wirtschaftliche Wachstum und der dadurch vorangetriebene soziale Wandel blieben jedoch von den politischen Veränderungen in Ausmaß und Tendenz fast unberührt. Ja, man kann im Gegenteil davon sprechen, daß die durch den Einbruch begünstigte „Mengenkonjunktur bei sinkenden Preisen“ (H. Rosenberg) Grundcharakter und Hauptmerkmale des wirtschaftlich-sozialen Veränderungsprozesses immer klarer und beherrschender hervortreten ließ. Das Fabrikssystem wurde nun zur vorherrschenden wirtschaftlichen Organisationsform, die freie Lohnarbeit zur Haupteinnahmequelle der Bevölkerung. Innovationen auf dem Gebiet der Produktions- und der Kommunikationstechniken bestimmten wie die immer ausgedehntere Erschließung und Nutzung neuer Rohstoffe auch weiterhin das Bild der wirtschaftlichen Entwicklung. So wichtig die Differenzierung in einzelne Phasen und die sorgfältige Unterscheidung des Entwicklungsstandes in den einzelnen Gebieten sind, so wird man doch heute mit Knut Borchardt den Prozeß der Industrialisierung in seinen Grundtendenzen und Hauptentwicklungslinien „als einen einheitlichen Vorgang“ begreifen, der in England seit den ersten Jahrzehnten, in Kontinentaleuropa seit der Mitte des Jahrhunderts das Bild der Epoche in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht prägte [K. BORCHARDT, *Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen 1800–1914*, in: 158, 1976, 198 f.].

Innerhalb dieses übergreifenden Vorgangs, der in mancher Beziehung und in manchen Gebieten bis heute noch nicht abgeschlossen ist, stellte die Zeit zwischen 1850 und 1890 für weite Teile Europas die entscheidende Durchbruchphase dar. Insofern kann man durchaus von einer Epoche sprechen, zumal die nachfolgenden Jahrzehnte mit der Entwicklung und dem Ausbau ganz neuer, technisch hochdifferenzierter Industrien wie der Elektro- und der chemischen Industrie, später dann der Automobilindustrie einer sehr starken, mit zusätzlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen verbundenen Entwicklungsschub brachten. Vor allem aber wird wirtschafts- wie allgemeinhistorisch der Epochencharakter dadurch markiert, daß vor 1890, unbeschadet aller tiefgreifenden Veränderungen, in vielen Ländern Europas die Kräfte der Tradition, der überlieferten Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft noch das Übergewicht besaßen. Erst nach 1890 senkte sich die Waage endgültig zugunsten der Kräfte des Neuen, der Industriegesellschaft und allem, was damit zusammenhing, insbesondere ihrer Hauptträger, des Bürgertums und der Arbeiterschaft. Die spezifischen Formen des Übergangs, des stets prekären und augenblicksgebundenen Macht- und Interessenausgleichs, die für die vorangegangene Epoche charakteristisch gewesen waren, lösten sich nun zunehmend auf und machten jenen Platz, die in der modernen Industriegesellschaft dominieren sollten. Das war, wie stets in der Geschichte, ein langwieriger Prozeß, der vor

1890 als
Epochenwende

allem in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg vielerorts nur zögernd vorankam und immer wieder auf sehr starke Hindernisse stieß. Aber der kritische Punkt war doch im größeren Teil Europas um 1890 eindeutig überschritten, eine Rückkehr zu den überlieferten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politisch-staatlichen Lebensformen endgültig nicht mehr möglich.

2. STAAT UND STAATENSYSTEM

Bedeutung der Revolution von 1848/49

Ungeachtet ihres Scheiterns hatte die Revolution von 1848/49 die Situation auf der staatlich-politischen Ebene grundlegend verändert. Eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor 1848 erwies sich schon rasch, wenn sie überhaupt versucht wurde, sowohl im innerstaatlichen als auch im zwischenstaatlichen Bereich als unmöglich. Hier wie dort war bei aller schroffen Repressionspolitik im einzelnen, also vor allem gegenüber den unmittelbaren Trägern der Revolution, den Bestrebungen und Interessen der hinter ihnen stehenden Kräfte Rechnung zu tragen, wollte man von Seiten der äußerlich siegreichen Gegenrevolution nicht binnen kurzem eine neue politische Explosion provozieren. Das hat, je nach Ausgangslage und gegebenem Kräfteverhältnis, von Land zu Land zu sehr unterschiedlichen Maßnahmen und Ergebnissen geführt. In der Grundrichtung lassen sich jedoch deutliche Gemeinsamkeiten feststellen, die dann binnen kurzem im Innern der Staaten wie auf außenpolitischem Gebiet die Verhältnisse in weiten Teilen Europas entscheidend prägten und ganz neue Entwicklungen in die Bahn brachten.

Vordringen des konstitutionellen Systems

Seinen unmittelbarsten Niederschlag fand dieser Strukturwandel auf dem verfassungspolitischen Gebiet im engeren Sinne. Vor 1848 war das absolutistische System in Mittel- und Osteuropa noch weithin die Regel gewesen. Zwar hatte nach 1830, nach der Julirevolution in Frankreich, auf dem Gebiet des Deutschen Bundes eine ganze Reihe von Mittel- und Kleinstaaten zusätzliche Verfassungen erhalten. Aber die beiden Vormächte des Bundes, Österreich und Preußen, hatten ebenso auf dem System des konstitutionell nicht beschränkten monarchisch-bürokratischen Anstaltsstaats beharrt wie das zaristische Rußland als die Vormacht des östlichen Europa. Nach 1849 aber, nach dem militärischen Sieg über die Revolution, gingen sowohl Preußen als auch Österreich aus freien Stücken zum konstitutionellen System über. Wenn sich Wien schon kurze Zeit danach wieder davon abkehrte und erst zehn Jahre später, mit dem Oktoberdiplom von 1860 bzw. dem Februarpatent von 1861, endgültig in jene Bahn zurücklenkte, so zeigte doch gerade das Scheitern des neoabsolutistischen Systems in den fünfziger Jahren und die Rückschläge, mit denen die Monarchie dafür auch auf nationalpolitischem Gebiet bezahlen mußte, daß die Zeit für ein solches System endgültig abgelaufen war. Selbst in Rußland, dem Bollwerk der europäischen Gegenrevolution in den Jahren 1848–50, wurden seit dem Tode Nikolaus I. und der Thronbesteigung Alexanders II. 1855 und der im folgenden Jahr besiegelten Niederlage im Krimkrieg auch im engeren Führungskreis um den Monarchen Pläne zu einer Änderung des bisherigen autokratisch-bürokratischen Herrschaftssystems, wenn auch zunächst nur auf der lokalen und regionalen Ebene, immer lebhafter diskutiert.

Stets freilich blieb, bei allem formellen Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der konstitutionellen Bewegung und ihrer Anhängerschaft, die machtpolitische Vorrangstellung der monarchischen Exekutive und ihrer Haupt-

instrumente, Bürokratie und Armee, erhalten. So lag die Vermutung von vornherein nahe, es handle sich in Wahrheit nur um eine pseudokonstitutionelle Abschirmung und Absicherung des bisherigen Herrschaftssystems, um eine den Zeitgeist ansprechende und ihn formal befriedigende Verbrämung des nach wie vor prinzipiell uneingeschränkten Herrschaftsanspruchs des jeweiligen Monarchen und der ihn tragenden Kräfte vor allem aus dem Lager der grundbesitzenden Aristokratie, aber auch aus der sich immer mehr ausweitenden Bürokratie zumeist bürgerlicher Herkunft. Schon viele Zeitgenossen zogen dabei eine direkte Verbindungslinie zu dem nach 1850 in Frankreich durch Napoleon III. etablierten Herrschaftssystem. Auch hier dienten ihrer Meinung nach die äußeren Formen des Verfassungsstaates dazu, den unbedingten Herrschaftsanspruch des neuen Monarchen und seiner Exekutive zu verschleiern. Und auch hier suchte man auf diesem Wege dem Regime zugleich neue Kräfte vor allem aus dem aufstrebenden Bürgertum zuzuführen, ohne in Abhängigkeit von ihnen zu geraten.

Neue Formen
der Herrschaft

Hinter diesen in der Tat ins Auge springenden Gemeinsamkeiten, die die Perspektive auf einen neuen Typus direkt oder indirekt plebiszitär abgesicherter und gestützter autoritärer Herrschaft eröffneten, traten und treten die Unterschiede für viele zurück. Sie bestehen insbesondere in der jeweils ganz verschiedenartigen Legitimation des Herrschaftsanspruchs, hier durch das Prinzip der Volkssouveränität und dort durch das monarchische Prinzip, sowie in der sehr unterschiedlichen sozialen Basis beider Systeme. Sie gründete in Frankreich auf den tief einschneidenden wirtschaftlich-gesellschaftlichen wie auch politischen Veränderungen seit der Revolution von 1789, während sie beispielsweise in Preußen noch starke Stützpfeiler in den vorrevolutionären Verhältnissen hatte. Selbst wenn man sich dieser Unterschiede bewußt bleibt, ist jedoch nicht zu übersehen, daß sich nach 1850 in weiten Teilen Europas eine Zwischenform zwischen dem überlieferten System des alle politische Macht monopolisierenden monarchisch-bürokratischen Anstaltsstaats und dem System parlamentarisch-demokratisch legitimierter und gesteuerter Herrschaft etablierte, wie es in Orientierung an England, das sich in den fünfziger und sechziger Jahren in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht immer mehr zum liberalen Musterland für den Kontinent entwickelte, die liberal-konstitutionelle Bewegung auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Diese Zwischenform – mochte man sie nun „Bonapartismus“, „deutschen Konstitutionalismus“ oder dann das „System Bismarck“ nennen – verband das Prinzip autoritärer, auf den Vorrang der Exekutive gegründeter Herrschaft mit Formen parlamentarischer und demokratischer Willensbildung und suchte über sie die Vorstellung des Konsenses und eines permanenten gesellschaftlichen Interessenausgleichs zu erreichen und zu vermitteln.

Allerdings darf man über den mehr oder weniger ausgeprägten und klar formulierten Zielen der Schöpfer und Träger jenes Systems die politische Praxis und die realen Ergebnisse, zu denen diese Praxis führte, nicht aus dem Auge

Die politische
Praxis

verlieren. Hier nämlich zeigten sich, im Preußen der Ära Manteuffel, im napoleonischen Frankreich der fünfziger Jahre, in den deutschen Mittelstaaten, in den habsburgischen Sekundogenituren in Italien, dann auch in Österreich selber, sehr rasch die Grenzen der Manipulationsmöglichkeiten. Zugleich schufen Wahlrecht und parlamentarische Körperschaften sowie die damit zwangsläufig gewährten Möglichkeiten zur Organisation und Meinungsbildung trotz aller Beschränkungen jenen eine Plattform, die als Exponenten starker gesellschaftlicher Kräfte und Interessen und aufgrund ihres eigenen Machtanspruchs das System von den Grundlagen her in Frage stellten – mochten sie sich auch zeitweilig noch so kooperations- und kompromißbereit geben. Ungewollt wurde so der autoritäre Konstitutionalismus zum Förderer der politischen Selbstorganisation der Gesellschaft und damit einer Entwicklung, die seine Exponenten über kurz oder lang beiseitedrücken mußte. Am ausgeprägtesten trat diese Entwicklung in Frankreich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zu Tage. Hier mußte sich das Regime, durch außenpolitische Mißerfolge geschwächt, schließlich, im Übergang zum sogenannten Empire libéral, zu weitgehenden Zugeständnissen an die sich verstärkt organisierenden gesellschaftlichen Kräfte vor allem aus dem Bürgertum bereifinden.

Politische Selbst-
organisation
der Gesellschaft

Die politische Selbstorganisation der Gesellschaft vollzog sich, den politischen Rahmenbedingungen entsprechend, zunächst einmal in Parlamentsparteien mit der jeweiligen Fraktion als Zentrum und Führungsspitze. Dominiert von lokalen und regionalen Honoratioren, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage und sozialen Stellung politisch abkömmlich waren, dienten den Parteien als Hauptinstrumente zum einen die auf sie festgelegten Presseorgane, zum anderen die sogenannten Wahlvereine für den lokalen wie für den gesamtstaatlichen Bereich. Von dieser Basis entstanden auch die ersten großen Massenorganisationen der fünfziger und sechziger Jahre, die Società nazionale in Italien, der Nationalverein und der Reformverein und, sie beide übergreifend, die sogenannte Schleswig-Holstein-Bewegung in Deutschland. Sie waren, bei aller zeitweiligen Eigendynamik, Hilfsorganisationen der Parlamentsparteien, wie das auch bei den verschiedenen Wahlrechtsreformbewegungen in England, vom Chartismus der dreißiger und vierziger bis zur National Reform Union und der National Reform League der sechziger Jahre, der Fall war. Das gleiche gilt für die meisten der über den reinen Wahlverein hinausgehenden politischen Vereinsbildungen, auch wenn hier mancherlei zusätzliche Wurzeln und daraus resultierende Zielsetzungen im bürgerlichen Vereinswesen allgemein zu finden sind. Allerdings ist dann im weiteren der Verein auch zum Ausgangspunkt und zur ursprünglichen Organisationsform neuer politischer Parteien und Bewegungen geworden; prominenteste Beispiele sind hier im deutschen Raum der 1863 von Ferdinand Lassalle gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und der im März 1848 ins Leben gerufene katholische Piusverein und die Fülle der daran anknüpfenden lokalen und regionalen Vereinsbildungen als organisatorische Vorstufen der Sozialdemokratischen Partei bzw. – hier entwickelte allerdings

Parteien

die katholische Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus zumindest im Norden und Westen eine ähnlich vorstrukturierende Bedeutung – der Zentrumspar-
 tei. Damit war, in Kombination mit anderen Faktoren, von Anfang an eine
 stärkere Breitenwirkung, ein größerer Einfluß der Basis gegeben als bei den
 liberalen Parteien und damit der Weg betreten zur mitgliederstarken Massenpar-
 tei. Auch hier spielten dann freilich die Fraktion und die Gremien, die die
 Organisation der Wahlen übernahmen, eine ständig zunehmende Rolle. Sowohl
 die Arbeiterparteien als auch die katholischen Parteien näherten sich damit, bei
 allen Unterschieden in der Mitgliederstruktur, in den Rekrutierungsmechani-
 smen und im Selbstverständnis, dem Typus der Parlamentspartei an, der, wie in
 England schon seit längerem, nun auch auf dem Kontinent eindeutig vor-
 herrschte.

Diese Vorrangstellung gilt nicht nur für den parteipolitischen Bereich im
 engeren Sinne, sondern auch hinsichtlich der speziellen Interessenorganisationen
 innerhalb der Gesellschaft, die seit den sechziger Jahren, anknüpfend an sehr
 verschiedenartige Vorläufer und Vorstufen, auf breiter Front entstanden. Der
 autoritäre Konstitutionalismus hatte von Anfang an wie der Absolutismus auf
 das Prinzip der partikularen Interessenvertretung gesetzt. Mit seiner Hilfe hoffte
 man die politischen Ansprüche der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen wie vor-
 allem der Parteien als Wortführer eines je verschieden interpretierten gesamtge-
 gesellschaftlichen Interesses in Schranken halten zu können. Diese Rechnung ging
 jedoch nur sehr begrenzt auf, und wenn, dann jeweils nur für kurze Zeit. Die
 Parteien erwiesen sich hier, so komplizierte Probleme das immer wieder auf-
 warf, die von Fall zu Fall und von Partei zu Partei auf sehr verschiedenartige
 Weise angegangen und gelöst wurden, als außerordentlich flexibel und integra-
 tionsfähig. Sie wirkten auf diese Weise zunehmend als Katalysatoren unter-
 schiedlicher Interessen und untermauerten damit ihren Anspruch, im Rahmen
 der von ihnen vertretenen politischen Zielvorstellungen einen Interessenaus-
 gleich vermitteln zu können, der zugleich als Basis für einen mehrheitsfähigen
 gesamtgesellschaftlichen Interessenausgleich zu dienen in der Lage sei – ein
 Vorgang, der mit der Formel vom Übergang von der Weltanschauungs- zur
 Interessenpartei nur sehr begrenzt erfaßt wird.

Sicher sind an diesem Befund von Land zu Land und von Zeitabschnitt zu
 Zeitabschnitt erhebliche Differenzierungen anzubringen. Die Führungsrolle der
 Parlamentsparteien bei der Neuorganisation einer Gesellschaft, die mehr und
 mehr aus den Bindungen und Lebensformen der überlieferten sozialen und
 wirtschaftlichen Ordnung heraustrat, war in England ungleich ausgeprägter als
 etwa in der Habsburger Monarchie oder auch in Preußen und dann im Deut-
 schen Reich. Aber man kann doch, bei aller notwendigen Differenzierung, von
 einer gemeinsamen Grundtendenz sprechen, und diese Grundtendenz hielt über
 die folgenden Jahrzehnte hin an. Dabei spielte das jeweilige Wahlrecht wohl eine
 wichtige und dynamisierende, jedoch nicht die schlechthin entscheidende Rolle.
 Bedeutsamer war, welche Stellung die Parteien im bestehenden Verfassungssy-

Interessen-
 organisationen

Stellung der Par-
 teien im Verfas-
 sungssystem

stem besaßen oder erlangten und in welchem Maße sie dementsprechend die Erwartungen auch über den Kreis der direkten Wähler hinaus auf sich konzentrierten. So standen in England trotz der zunächst erheblichen Wahlrechtsbeschränkungen, die erst mit den Reformgesetzen von 1867 und dann von 1884/85 entscheidend gelockert wurden, die beiden großen Parteien als alternative Träger der Regierungsverantwortung schon früh ganz im Zentrum des politischen Lebens. Das gleiche galt zunächst, nach Begründung des italienischen Nationalstaats zu Beginn der sechziger Jahre, für Italien, wo die Zahl der aktiv Wahlberechtigten vor der Reform von 1882 nur wenige Prozent, insgesamt kaum mehr als 600 000 Personen umfaßte. In den beiden Staaten hingegen, die als erste das allgemeine Wahlrecht dauerhaft einführten, in Frankreich nach 1848 und im Norddeutschen Bund bzw. im Deutschen Reich nach 1867/71, war die Stellung der Parteien gegenüber der dominierenden monarchischen Exekutive deutlich schwächer.

Der Distanz zum Zentrum der Macht entsprach zudem eine stärkere Parteienzersplitterung. Sie erschwerte den Prozeß einer vereinheitlichenden politischen Willensbildung aus der Gesellschaft heraus. Daraus resultierte in Frankreich auch nach 1876, nach der endgültigen und rückhaltlosen Durchsetzung des Prinzips der Parlamentsouveränität, die in dieser Form in Europa ohne Beispiel war, eine der Schwächen des französischen Parlamentarismus, die später im deutschen Parlamentarismus der Weimarer Republik ihr Pendant fand. Besonders schwierig gestaltete sich das den französischen und später den deutschen Parlamentarismus so belastende Problem des Verhältnisses zwischen meinungs- und interessenspezifischer Repräsentation und vereinheitlichender, mehrheitsstiftender politischer Willensbildung in einem Vielvölkerstaat wie der Habsburger Monarchie. Hier blieben die Parteien zusätzlich an die verschiedenen Nationalitäten gebunden, und die Demokratisierung des Wahlrechts – das allgemeine Wahlrecht wurde erst 1907 und auch dann nur in der cisleithanischen Reichshälfte eingeführt – führte zu einer immer weitergehenden Zersplitterung der Parteien. Beides ließ eine Parlamentarisierung nach westeuropäischem Vorbild auch vielen von jenen als ein mit den Lebensinteressen der Monarchie kaum vereinbares Risiko erscheinen, die ein solches politisches System im Prinzip durchaus bejahten.

Konstitutionalismus und nationale Bewegung

Am Beispiel Österreich-Ungarn wird zugleich besonders deutlich, welcher enger Zusammenhang nach wie vor zwischen dem konstitutionellen und dem nationalen Gedanken bestand. Dieser Zusammenhang schien nach 1848 wenn nicht gelöst, so doch gegenüber der Situation vor der Revolution weitgehend verändert zu sein. Der Erfolg der Systeme des autoritären Konstitutionalismus, zunächst in Frankreich, dann in Preußen und im Deutschen Reich, beruhte nicht zuletzt darauf, daß sich ihre Wortführer mit dem nationalen Gedanken verbanden und als eigentliche Repräsentanten des nationalen Interesses auftraten. Auch hier jedoch erwies sich dieser Erfolg, so eindrucksvoll er sich zunächst darstellte, als durchaus zeitgebunden. Die parlamentarischen Vertretungskörperschaften